



Herrn
Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup
Rathaus
Karlsruhe

**Deutsche Friedensgesellschaft-
Vereinigte KriegsdienstgegnerrInnen
Gruppe Karlsruhe**

c/o Sonnhild Thiel
Alberichstr. 9
76185 Karlsruhe
Tel. 0721/552270
eMail : dfg-vk.karlsruhe@posteo.de

Datum: 1.6.2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup,

mit der Aufkündigung des INF-Vertrages zu Beginn diesen Jahres (zunächst durch die USA, schnell gefolgt durch Russland) ist die atomare Bedrohung in Europa stark gewachsen. Der INF-Vertrag ist das militärisch und politisch wichtigste Abkommen zur Kontrolle und Abrüstung atomarer Waffen. 1987 hatten die Sowjetunion und die USA mit diesem Vertrag die vollständige Verschrottung und das Verbot landgestützter Kurz- und Mittelstreckenraketen mit Reichweiten zwischen 500 und 5.500 Kilometern vereinbart und auch umgesetzt.

Um beide Seiten dazu zu bewegen nicht aus dem INF-Vertrag auszusteigen bleiben nur noch wenige Wochen Zeit, denn nach den Vertragsbestimmungen wird der Ausstieg aus dem Vertrag Anfang August gültig. Notwendige vertrauensbildende Maßnahmen zur Weiterführung des Vertrags könnten die Wiederaufnahme der Inspektions- und Überprüfungsmechanismen des INF-Vertrages durch die USA und Russland sein. Deswegen ist es so wichtig, dass die europäischen Regierungen sich sowohl in Washington als auch in Moskau für die Weiterführung des INF-Vertrags einsetzen und auch dem von den Vereinten Nationen 2017 verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitreten.

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen. Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung in Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie. Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Mehrmals sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner und sollten sich deshalb gegen Atomwaffen aussprechen. Dieses Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben,

damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäfte zu unterlassen.

Zahlreiche Städte in Deutschland und aller Welt haben sich deshalb bereits dem ICAN-Städteappell angeschlossen.

Weltweit ruft ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons, 2017 ausgezeichnet mit dem Friedensnobelpreis) Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien haben den Appell schon unterzeichnet. Hier der ICAN-Städteappell im Wortlaut:

“Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.”

In Deutschland sind bereits 24 Städte dem Appell beigetreten, Mainz bereits Anfang Februar und zuletzt Nürnberg am 22. Mai. Die ständig aktualisierte Liste der deutschen Städte, die sich schon dem ICAN-Städteappell angeschlossen haben und die Begründungen können Sie hier nachschauen:

<https://www.icanw.de/ican-staedteappell/>

Wir fordern Sie deshalb dazu auf sich dafür einzusetzen, dass auch Karlsruhe dem ICAN-Städteappell schnellstmöglich beitritt!

Mit freundlichen Grüßen

Sonnhild Thiel

Stefan Lau

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner*innen
(DFG-VK) Gruppe Karlsruhe dfg-vk.karlsruhe@posteo.de